IW-Trends

35 Jahre Wiedervereinigung – Was wurde in Ostdeutschland erreicht und wo liegen die größten ökonomischen Probleme?

Klaus-Heiner Röhl

IW-Trends 3/2025

Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 52

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

X
x.com@iw_koeln

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Facebook
@IWKoeln

Instagram
Instagram@IW_Koeln

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling
groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer
schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

Alle Studien finden Sie unter www.iwkoeln.de

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2025
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

35 Jahre Wiedervereinigung - Was wurde in Ostdeutschland erreicht und wo liegen die größten ökonomischen Probleme?

Klaus-Heiner Röhl, September 2025

Zusammenfassung

In den vergangenen 35 Jahren wurde beim Aufbau der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern viel erreicht. Jedoch bestehen weiterhin hartnäckige Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und in den zugrundeliegenden wirtschaftlichen Strukturen im Vergleich zu Westdeutschland. Das Bruttoinlandsprodukt der fünf ostdeutschen Flächenländer liegt bei 72 Prozent des westdeutschen Niveaus. Eine volle Angleichung erscheint angesichts einer ungünstigen Demografie, fehlender Großunternehmen mit eigener Forschung und Entwicklung und eines Mangels an großstädtischen Fokuspunkten für Hightech-Start-ups und produktive Branchen wenig realistisch. Auch die Investitionen verharren zuletzt bei rund 70 Prozent des westdeutschen Pro-Kopf-Werts und befördern kein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum mehr. Unter Einbeziehung Berlins, das zunehmend an wirtschaftlichem Gewicht gewinnt und Ausstrahlungseffekte in die Flächenländer aufweist, stellt sich die Situation etwas besser dar. Eine Fortsetzung des Konvergenztrends erfordert allerdings wirtschaftspolitische Flankierungen. Das wachsende Fachkräfteproblem kann durch spätere Verrentung und mehr Offenheit für ausländische Kräfte gemildert werden. Im Bereich der Forschung und Entwicklung sollte auf eine enge Verzahnung von Hochschulen, Start-ups und bestehenden Unternehmen sowie auf eine engere Vernetzung mit dem Innovationspol Berlin gesetzt werden. Die Digitalisierung von Verwaltungen und Unternehmen muss eine höhere Priorität erhalten, um die Arbeitsproduktivität, bei der eine Lücke von noch 16 Prozent besteht, an das westdeutsche Niveau heranzuführen.

Stichwörter: Regionalpolitik, Konvergenz, Ostdeutschland
JEL-Klassifikation: O11, O18, R11, R58
DOI: 10.2373/1864-810X.25-03-04

Zögerliche Konvergenz zwischen Ost und West

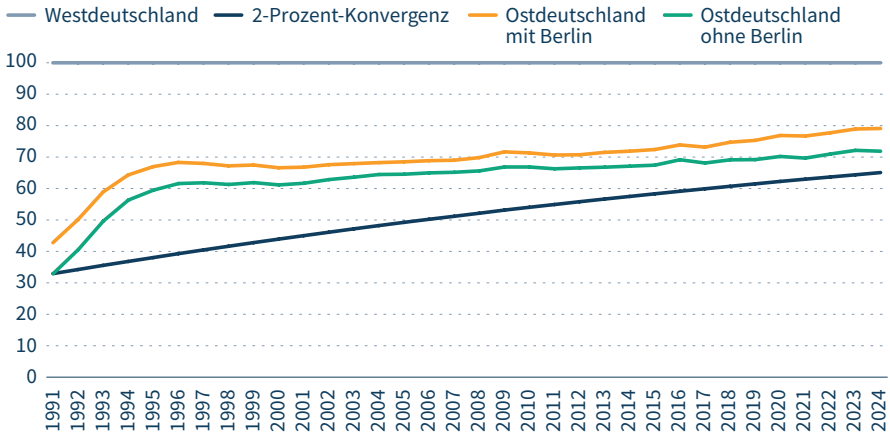
Die deutsche Wiedervereinigung liegt inzwischen 35 Jahre zurück. Dabei stellt sich die Frage, ob und wie stark sich Ost- und Westdeutschland in diesem Zeitraum neben den gesellschaftlichen Entwicklungen ökonomisch angeglichen haben – wenngleich bei dieser Fragestellung immer auch bedacht werden muss, dass es auch innerhalb von Westdeutschland keine ökonomische Einheitlichkeit gibt. So bestehen beispielsweise zwischen der norddeutschen Küstenregion und Süddeutschland anhaltende ökonomische Unterschiede. Im folgenden Beitrag wird eine erneute Analyse des Konvergenzprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland vorgenommen (Röhl, 2014; 2020). Dabei wird speziell auf Unterschiede in der Digitalisierung und der KI-Nutzung sowie bei innovativen Start-ups eingegangen.

Die Wirtschaftskraft gemessen anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner ist ein zentraler Indikator, um regionale Entwicklungsunterschiede zu messen. Auch wenn diese Kenngröße nicht direkt den Wohlstand misst – sie berücksichtigt beispielsweise keine Preisniveauunterschiede oder die regionale Umweltqualität – bildet sie ein gebräuchliches Ausgangsmaß für interregionale und intertemporale Vergleiche. In Abbildung 1 ist zum einen zu erkennen, dass das Pro-Kopf-BIP in Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2024 knapp 72 Prozent des West-Werts erreichte, mit Berlin waren es 79 Prozent. Ausgangspunkt war für die fünf ostdeutschen Flächenländer eine Wirtschaftsleistung von 33 Prozent des westdeutschen Niveaus im Jahr 1991.

Zum anderen ist in Abbildung 1 ein hypothetischer Konvergenzpfad dargestellt, der empirisch für die wirtschaftliche Angleichung im Ausgangspunkt getrennter Wirtschaftsräume ermittelt wurde (Barro, 1994). Diese sogenannte Barro-Konvergenz zeigt die durchschnittliche jährliche Verringerung des Abstands im BIP je Einwohner zweier Regionen infolge einer Integration ihrer Wirtschaftsräume, wenn alle Barrieren für Kapital, Arbeitskräfte und Waren beseitigt sind. Diese Lücke schließt sich demnach im Durchschnitt um 2 Prozent pro Jahr. Mit Blick auf die ostdeutsche Konvergenz seit 1990 liegt diese noch immer oberhalb dieses 2-Prozent-Pfads, sie nähert sich jedoch zumindest für die ostdeutschen Länder ohne Berlin inzwischen dem Barro-Konvergenzpfad an. Demgegenüber weist Ostdeutschland in seiner geografischen Abgrenzung mit Berlin einen etwas steileren Konvergenztrend auf.

Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland mit und ohne Berlin sowie 2-Prozent-Konvergenzpfad (Barro-Konvergenz); Westdeutschland = 100



Quellen: VGR der Länder; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/pwmL64kpy9JpJKm

Zunächst gab es im Gesamtzeitraum seit 1990 kräftige Konvergenzfortschritte im Vereinigungsboom bis 1996, dann aber eine Stagnation bis etwa 2003. Danach fand ein langsamer, aber anhaltender Konvergenzprozess statt, dessen Tempo gegenläufig zum deutschen Konjunkturverlauf war: Hintergrund ist der geringere Industrieanteil und die damit schwächere Exporttätigkeit im Osten (siehe Tabelle und Abbildung 4). In den exportgetriebenen Aufschwungphasen wie beispielsweise 2005 bis 2007 und nach der globalen Finanzmarktkrise 2009 verlangsamte sich die Konvergenz, da das westdeutsche Wachstum infolge steigender Ausfuhren stärker angeregt wurde. Dagegen gelang Ostdeutschland in gesamtwirtschaftlichen Schwächephasen eine stärkere Konvergenz. Zuletzt war dieser Effekt in den Jahren 2022 und 2023 wirksam, als die Verringerungen in der energieintensiven Produktion nach den Einschränkungen bei den russischen Gaszulieferungen die westdeutsche Industrie stärker trafen. Im Jahr 2024 sind die östlichen Flächenländer allerdings trotz anhaltender Industrie- und Exportschwäche in Westdeutschland leicht zurückgefallen, was dem bislang beobachteten Muster widerspricht.

Umfangreiche Konvergenzindikatoren

Nach diesem ersten Konvergenzbefund auf Basis des BIP je Einwohner zeigt die Tabelle die Entwicklung der Ost-West-Konvergenz anhand umfangreicher und wichtiger ökonomischer Kennzahlen. Mit dem Mauerfall setzte eine starke Abwanderung Richtung Westen ein, sodass die ostdeutsche **Einwohnerzahl** – hier gerechnet in den Grenzen der ehemaligen DDR mit dem Ostteil Berlins – von einem Viertel des westdeutschen Werts zügig auf 22 Prozent im Jahr 2005 zurückging. Danach nahm die Nettoabwanderung stark ab und seit 2010 weist der Osten etwa ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung auf. Zuletzt im Jahr 2024 waren es mit 14,1 Millionen Einwohnern (mit Ost-Berlin) 19,9 Prozent und unter Einschluss West-Berlins 24 Prozent. Auch die stärkere

Kennzahlen zum Stand der ökonomischen Einheit im Zeitverlauf

Tabelle

Werte für Ostdeutschland mit Basis Westdeutschland = 100

	1991	1995	2000	2005	2010	2015	2020	2024
Einwohner	25	23	23	22	21	20	20	20
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner[1)]	33	59	60	66	67	67	71	72
Haushaltsnettoeinkommen	54	79	80	79	77	78	79	-
Arbeitskosten[1)]: Entgelt je Arbeitnehmer	49	74	77	78	80	79	83	84
Produktivität[1)]: reales BIP je Erwerbstätigen	42	65	69	78	75	77	82	84
Lohnstückkosten[1)]	119	114	112	101	106	102	101	100
Investitionen je Einwohner	66	149	110	77	73	68	73	72[6)]
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	62	106	97	64	87	62	66	66[7)]
Bauinvestitionen je Einwohner	70	176	122	98	80	73	80	77[6)]
Kapitalstock je Einwohner	38	50	64	71	77	77	78	78[7)]
Kapitalstock je Beschäftigten	40	56	73	82	87	89	90	91[7)]
Exportquote[1)]	52	40	56	63	67	74	66	73[8)]
Erwerbsbeteiligung[1)]	96	92	88	87	89	87	86	86
Selbstständigenquote[1)]	50	72	84	96	104	107	108	104
Arbeitslosenquote[1)]	207	180	239	202	188	166	126	128
FuE-Personalintensität[1)]	49	42	42[2)]	35[3)]	43	42	44	46[8)]
Patente je Einwohner[1)]	23	27	27	26	28	22	23	20
Unternehmensgründungen[4)]	271	143	87	97	94	97	111	108
Unternehmensschließungen[4)]	122	144	92	99	87	98	109	100
Schuldenstand der Länder je Einwohner[5)]	0	74	107	116	98	86	87	92

1) Ohne Berlin. 2) 1999. 3) 2004. 4) Ab 2005: Ostdeutschland einschließlich Berlin. 5) Ohne Stadtstaaten. 6) 2022. 7) 2021. 8) 2023.
Quellen: VGR der Länder; Bundesagentur für Arbeit; BMF; Creditreform; DIW; DPMA; ifo; SOEP, Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/yceDyecGssSj8W3

Zuwanderung aus dem Ausland in die westlichen Länder (Statistisches Bundesamt, 2023) und die ungünstigere Demografie in den Ost-Bundesländern haben bislang nicht zu einem deutlichen erneuten Rückgang des Anteils geführt.

Das **Haushaltsnettoeinkommen**, das sich aus den Einkommen der Haushaltsmitglieder nach Steuern und staatlichen Leistungen zusammensetzt, erreichte schon 1995 etwa vier Fünftel des Westniveaus, stagniert aber seither. Bei diesem Indikator ist ein Ost-West-Vergleich nach dem Jahr 2020 nicht mehr möglich. Wird stattdessen die Relation der **Brutto-Vollzeitverdienste** herangezogen, dann wurde bis 2024 ein Wert von 82 Prozent des West-Niveaus erreicht. Zu beachten ist, dass es in Ostdeutschland mehr Haushalte gibt, die von Transfereinkommen wie Rente oder Arbeitslosengeld leben, was sich auf die Haushaltseinkommen in Relation zu den Bruttoverdiensten dämpfend auswirkt.

Die **Lohnangleichung** hat in den letzten Jahren wieder etwas Fahrt aufgenommen, was auch am kräftigen Anstieg des Mindestlohns liegen dürfte. Zum einen sind in Ostdeutschland deutlich mehr Beschäftigte Mindestlohnbezieher als in Westdeutschland (Frentzen/Günther, 2017; Statistisches Bundesamt, 2025a). Zum anderen übt der steigende Mindestlohn auch Druck auf die Gehaltsstruktur oberhalb der gesetzlichen Lohnuntergrenze aus (Schröder/Hellmich, 2017), sodass die Arbeitskosten in den ostdeutschen Ländern schneller ansteigen und zuletzt bei 84 Prozent des Westwerts lagen. Die **Produktivitätsentwicklung** in Ostdeutschland konnte mit der Dynamik der Lohnangleichung mithalten, sodass die Lohnstückkosten im Jahr 2024 genau dem westdeutschen Niveau entsprachen – im Zeitverlauf lagen sie bislang immer etwas über dem Westniveau.

Investitionen stellen eine wichtige Triebfeder für die wirtschaftliche Angleichung dar. Hohe öffentliche Investitionen in marode Infrastrukturen und mit Fördermitteln angereizte private Investitionen trieben ab 1991 den „Aufbau Ost“ voran. Zuletzt haben sich die Investitionen je Einwohner aber deutlich unterhalb des westdeutschen Niveaus eingependelt. Mit 72 Prozent des Westwerts lagen sie 2022 – ein aktuellerer Wert liegt nicht vor – auf dem Niveau des BIP je Einwohner im Ost-West-Vergleich und damit auch unterhalb der erreichten Angleichung des **Kapitalstocks** von

78 Prozent (2021). Eine weitere Konvergenz wird damit investitionsseitig aktuell nicht unterstützt, zumal die Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner sogar nur zwei Drittel des westdeutschen Werts erreichten.

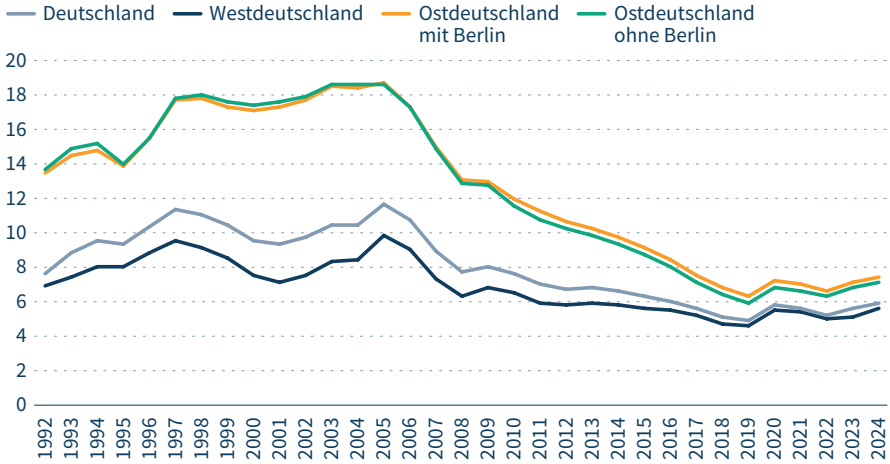
Die **Exportquote** in Ostdeutschland ist zuletzt angestiegen und erreichte 2023 mit 38 Prozent bezogen auf den Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes 73 Prozent des westdeutschen Niveaus, was auch mit der Ansiedlung des Teslawerks in Brandenburg zusammenhängen dürfte (Röhl, 2020). Weitere Großansiedlungen in Ostdeutschland, wie die Chipfabrik von Intel in Magdeburg und diverse Batteriewerke, haben sich jedoch zwischenzeitlich nicht realisiert, sodass eine ostdeutsche Industrierenaissance vorerst ausbleiben dürfte.

Die ostdeutsche **Erwerbsbeteiligung** (Anzahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Einwohnerzahl) liegt mit 86 Prozent des westdeutschen Werts auf dem gleichen Niveau wie 2020. Sie nimmt längerfristig aber ab. 1991 startete sie mit dem Höchstwert von 96 Prozent. Neben der immer noch etwas höheren Arbeitslosigkeit und den Auspendlern in Richtung Westdeutschland und nach Berlin (Röhl, 2020) macht sich hier die stärkere Alterung der Gesellschaft in Ostdeutschland bemerkbar. Das Durchschnittsalter lag 2022 bei 44,2 Jahren im Vergleich zu 42,4 Jahren im Westen (Statistisches Bundesamt, 2023). 27 Prozent der Bevölkerung waren älter als 65 Jahre gegenüber 21 Prozent in Westdeutschland (Statistisches Bundesamt, 2025b). Die **Selbstständigenquote** liegt mit 104 Prozent noch immer höher als in Westdeutschland, sie ist jedoch vom Höchststand von 108 Prozent im Pandemiejahr 2020 etwas abgesunken.

Unfreiwillige **Arbeitslosigkeit** ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sie stellt auch eine schwere Belastung für die betroffenen Menschen dar. Die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach der Vereinigung war deshalb für Politik und Gesellschaft eine gravierende Herausforderung und sie trug auch zur Abwanderung vorwiegend junger Menschen in den Westen bei. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich anhand der Arbeitslosenquoten von 1992 bis 2024. Aufgrund des Verlusts vieler unter marktwirtschaftlichen Bedingungen unrentabler Arbeitsplätze in den „volkseigenen“ DDR-Betrieben und Einrichtungen betrug die ostdeutsche Arbeitslosenquote schon zwei Jahre nach der Wiedervereinigung 14 Prozent. Nach

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Ost-West-Vergleich Abbildung 2

Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/K2BRLoYiQo7iSH9

Ende des Vereinigungsbooms Mitte der 1990er Jahre stieg die Quote dann weiter an und erreichte in der Krise von 2003 bis 2005 ihren Höchstwert von 18,6 Prozent. Mit dem Wirken der Agenda-2010-Reformen setzte ein zügiger Rückgang der Arbeitslosigkeit ein (Fitzenberger, 2009). Im Jahr 2008 zum Start der Finanzmarktkrise betrug die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland noch knapp 13 Prozent und fiel danach kontinuierlich weiter bis ins Jahr 2019, als sie sich mit durchschnittlich 6 Prozent in den fünf Flächenländern und 6,4 Prozent unter Einschluss Berlins dem westdeutschen Wert von 4,7 Prozent stark angenähert hatte.

Im Pandemiejahr 2020 stieg die Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland ungefähr im Gleichtakt um knapp 1 Prozentpunkt an (Abbildung 2). Der Rückgang in den Jahren 2021 und 2022 fiel verhalten aus. Er war in Ostdeutschland zudem etwas schwächer als im Westen, obwohl die westlichen Bundesländer von den Folgen des Kriegsbeginns Russlands gegen die Ukraine 2022 etwas stärker betroffen waren und den Ost-Bundesländern 2022 wirtschaftlich ein deutlicher Konvergenzschritt gelang

(Abbildung 1). Dies könnte ein Nebeneffekt der kräftigen Anhebung des Mindestlohns von 9,60 Euro im Jahr 2021 in zwei Stufen um insgesamt 25 Prozent bis auf 12 Euro am 1. Oktober 2022 gewesen sein: In den östlichen Flächenländern waren nach der Einführung etwa doppelt so viele Menschen Mindestlohnempfänger wie in Westdeutschland (Frentzen/Günther, 2017). Somit ist es zumindest plausibel, dass eine so kräftige Anhebung hier stärkere Arbeitsmarkteffekte ausgelöst haben dürfte. Von der beschlossenen Anhebung auf 13,90 Euro zum 1. Januar 2026 sind 20 Prozent der ostdeutschen Beschäftigungsverhältnisse, aber nur 16 Prozent der westdeutschen betroffen (Statistisches Bundesamt, 2025a). Die wirtschaftliche Schwächephase seit 2023 lässt die Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen steigen, wobei der Anstieg 2024 – anders als 2023 – im Westen etwas kräftiger ausfiel. Dies könnte auch auf eine demografisch bedingte stärkere Verrentung im Osten Deutschlands aufgrund des höheren Durchschnittsalters der Bevölkerung zurückzuführen sein.

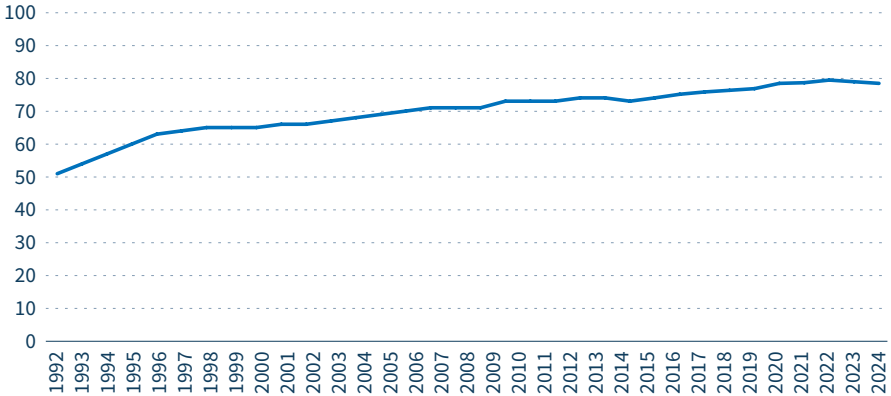
Konvergenzerfolg gemäß IW-Einheitsindex

Vor dem Hintergrund der umfangreichen Konvergenzindikatorik in der Tabelle wird im Weiteren die Entwicklung auf Basis des IW-Einheitsindex (Röhl, 2014) beschrieben. Dabei werden die folgenden sieben wichtigen Indikatoren der ökonomischen Konvergenz gleichgewichtig berücksichtigt: das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, die Arbeitsproduktivität gemessen anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, die Erwerbsbeteiligung, der Kapitalstock je Einwohner, der Anteil des FuE-Personals an den Erwerbstätigen, die Arbeitslosigkeit und die Selbstständigenquote.

Nach dem Startwert von gut 50 Prozent des Westniveaus und dem zügigen Aufholprozess bis 1996 zeigt der Einheitsindex eine verhaltene Entwicklung bis 2002 und seither einen relativ konstanten, aber schwachen Angleichungsprozess an das westdeutsche Niveau. Am aktuellen Rand gehen bremsende Effekte von der schwachen Entwicklung des BIP und des Kapitalstocks, der im Verhältnis zu Westdeutschland sinkenden Erwerbsbeteiligung und der leicht gestiegenen Arbeitslosigkeit sowie dem rückläufigen Vorsprung bei der Selbstständigenquote aus. Dementsprechend kommt die ökonomische Angleichung gemäß des IW-Einheitsindex nicht mehr voran.

Konvergenzdynamik gemäß IW-Einheitsindex Abbildung 3

Werte des IW-Einheitsindex für Ostdeutschland mit Basis Westdeutschland = 100



IW-Einheitsindex: Komposit-Index für die Komponenten BIP je Einwohner, Produktivität, Kapitalstock, FuE-Personal, Erwerbsbeteiligung, Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit; Kapitalstock: Werte für 2022, 2023 und 2024 geschätzt; FuE-Personal: Wert für 2024 geschätzt; Ostdeutschland ohne Berlin
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; VGR der Länder; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/AK8FQc6fHabLLAx

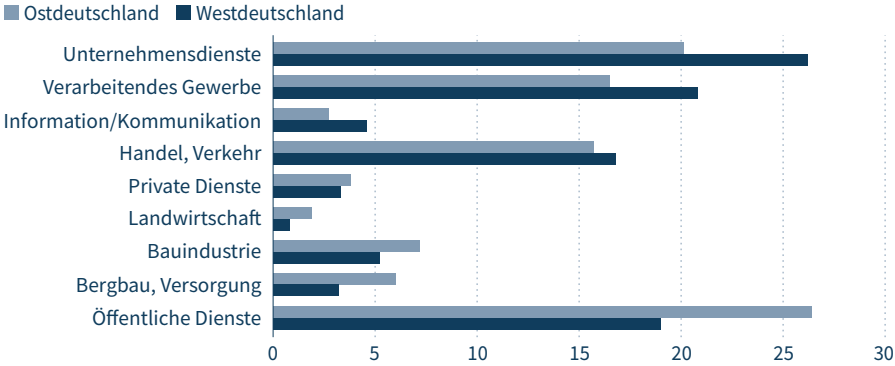
Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur

Bei der Beschreibung einiger Konvergenzindikatoren wurde bereits die Bedeutung von strukturellen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland angesprochen. Abbildung 4 verdeutlicht die anhaltenden Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Verarbeitenden Gewerbe hat in den letzten Jahren zwar eine Annäherung der Sektoralanteile stattgefunden – diese war allerdings allein auf den Rückgang des Industrieanteils in Westdeutschland zurückzuführen. Auch 2024 lag der Industrieanteil im Westen mit 20,8 Prozent noch um 4,3 Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. Deutlich höhere Anteile weisen die ostdeutschen Flächenländer hingegen in der Land- und Forstwirtschaft und im Bereich Bergbau, Energieversorgung und Entsorgung auf. Mit 1,9 Prozent der Bruttowertschöpfung ist der Agrarsektor anteilsmäßig mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland. Dabei ist die Produktivität in der großbetrieblich geprägten ostdeutschen Landwirtschaft hoch und liegt über dem westdeutschen Niveau (Ragnitz, 2024).

Die ostdeutsche Bauindustrie war im Bauboom ab 1991 stark gewachsen, ihr Wertschöpfungsanteil war zeitweise mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Auch im Jahr 2024 lag der Wertschöpfungsanteil mit 7,2 Prozent noch um 2 Prozentpunkte über jenem im Westen. Der Sektor Handel und Verkehr mit dem wichtigen Logistikbereich ist in Ostdeutschland mit 15,7 Prozent nur um 1 Prozentpunkt schwächer entwickelt als im Westen. Im technologiestarken Wirtschaftszweig Information und Kommunikation führt Westdeutschland jedoch deutlich: Dieser für die Digitalisierung der Wirtschaft entscheidende Bereich weist mit einem Bruttowertschöpfungsanteil von 2,7 Prozent in Ostdeutschland nur gut die Hälfte des westdeutschen Gewichts auf, was auf anhaltende Defizite in der wirtschaftlichen Digitalisierung und Vernetzung hinweist. Auch bei den Unternehmensdiensten ist die Lücke gewaltig. Dagegen ist der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen in Ostdeutschland mit 26,4 Prozent deutlich stärker vertreten als in Westdeutschland mit 19 Prozent.

Wirtschaftsstruktur in Ost- und Westdeutschland Abbildung 4

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der gesamten Bruttowertschöpfung der jeweiligen Wirtschaftsräume im Jahr 2024 in Prozent



Reihenfolge nach der Differenz zwischen West- und Ostdeutschland (ohne Berlin) vom größten sektoralen Rückstand Ostdeutschlands zum größten Vorsprung; Öffentliche und private Dienste sowie Handel und Verkehr und Information/Kommunikation: Aufteilung jeweils nach Anteilen von 2023.
Quellen: VGR der Länder; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/sfGwgRenXGqadgL

Die Produktivitätsunterschiede zu Westdeutschland gemessen anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen differieren regional und sektoral erheblich (Ragnitz, 2024). Regional liegen Brandenburg mit dem Berliner „Speckgürtel“ und Sachsen-Anhalt mit der kapitalintensiven Chemieindustrie in Führung. Sektoral ist aber gerade im Verarbeitenden Gewerbe der Rückstand gegenüber Westdeutschland am größten, da in Ostdeutschland Großunternehmen und Konzernzentralen fehlen und selbst innerhalb des industriellen Mittelstands die Firmen erheblich kleiner sind (Ragnitz, 2024; Röhl et al., 2023).

Wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen

Versuche der Wirtschaftspolitik, mit Subventionen neue Industrieansiedlungen in Schlüsselindustrien der Transformation hin zur Klimaneutralität wie Elektromobilität, Batterien und Digitalisierung/Mikrochips zu erreichen, haben in den letzten Jahren zu einer Reihe von Ansiedlungsentscheidungen zugunsten der östlichen Bundesländer geführt (Röhl, 2020). Die Ergebnisse dieser Politik sind jedoch gemischt. Das Teslawerk in Brandenburg hat trotz aktueller Probleme des Herstellers erheblich zur Stärkung der Industrie des Bundeslandes beigetragen. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Brandenburgs hat im Zeitraum 2020 bis 2024 nominal um 31 Prozent zugenommen, der Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung stieg entgegen dem gesamtdeutschen Abwärtstrend leicht von 12,3 auf 12,5 Prozent (VGR der Länder, 2025). Jedoch ist derzeit offen, ob weitere Ansiedlungen von Batteriewerken asiatischer Konzerne angesichts internationaler Überkapazitäten und konkurrenzlos günstiger Fertigung in China realisiert werden. Im Bereich der Mikroelektronik konnte das Cluster in Sachsen durch Investitionen von TCMS/ECMS, Bosch, Global Foundries und Infineon weiter gestärkt werden. Jedoch ist die Ansiedlung von Intel in Magdeburg, die mit bis zu 30 Milliarden Euro Investitionen bei knapp 10 Milliarden Euro Subventionen die größte und mit Abstand höchst subventionierte Industrieansiedlung in Ostdeutschland gewesen wäre (Bardt et al., 2022), gescheitert. Generell sind derart hohe Subventionen in Einzelwerke kritisch zu sehen, da Klumpenrisiken entstehen, Wettbewerbsverzerrungen verursacht werden und es zur Bindung hoher Fördersummen kommt, die nicht für alternative Maßnahmen der Standortstärkung wie FuE-Förderung, Bildung, Infrastruktur oder Steuersenkungen zur Verfügung stehen (Bardt et al., 2022; ZEW, 2025). Die nun frei werdenden Mittel können zur Stärkung

der Digitalisierung mittelständischer Unternehmen und in der Startup-Förderung genutzt werden.

Forschung und Entwicklung

Die FuE-Personalintensität der Wirtschaft ist in Ostdeutschland deutlich geringer als in Westdeutschland (siehe Tabelle). Das erklärt sich auch dadurch, dass etwa drei Viertel der FuE-Kräfte in der Wirtschaft in größeren Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten tätig sind, von denen es in den östlichen Ländern nur wenige gibt (Stifterverband Wissenschaftsstatistik, 2025; Röhl et al., 2023). Bezieht man Forscher und Entwickler an Universitäten, Hochschulen und Instituten mit ein, wurden im Jahr 2023 aber bereits 73 Prozent der westdeutschen Personalintensität erreicht (Statistisches Bundesamt / Stifterverband Wissenschaftsstatistik, 2024), was das prinzipiell vorhandene Potenzial in der ostdeutschen Forschungslandschaft aufzeigt. Eine bessere Verzahnung von öffentlicher und unternehmerischer Forschung und ein gesteigerter Transfer von Forschungsergebnissen aus Universitäten und staatlichen Forschungsinstituten in den Unternehmenssektor – durch Ausgründungen, die als Start-ups Erfindungen in wirtschaftliche Innovationen umsetzen, aber auch durch die Kooperation von Universitäten, Hochschulen und Instituten mit der regionalen Wirtschaft – können die Innovationsleistung und das Wachstumspotenzial der ostdeutschen Wirtschaft erhöhen (Röhl et al., 2023). Die bislang unbefriedigende Situation im Innovationsbereich zeigt sich auch durch einen Vergleich der Patentleistung, wo die ostdeutschen Flächenländer bei rund 20 Prozent der westdeutschen Patentzahl pro Einwohner stagnieren (DPMA, 2025). Betrachtet man hingegen nur die Patentaktivität an den Universitäten und Hochschulen, so liegen die Ost-Länder relativ zur Studierendenzahl vor den West-Ländern, mit Sachsen und Thüringen auf dem ersten und zweiten Platz (Haag et al. 2024).

Generell zeigen sich eher geringe Ost-West-Unterschiede beim Besatz mit Universitäten und Hochschulen sowie öffentlichem FuE-Personal (BMBF, 2024). Das nach der Einwohnerzahl größte ostdeutsche Bundesland Sachsen ist im Bereich der öffentlichen FuE an Universitäten und Instituten besonders stark (Röhl et al., 2023; Statistisches Bundesamt, 2024a), was sich lange aber kaum in einer höheren wirtschaftlichen Dynamik im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern niederschlug. Für

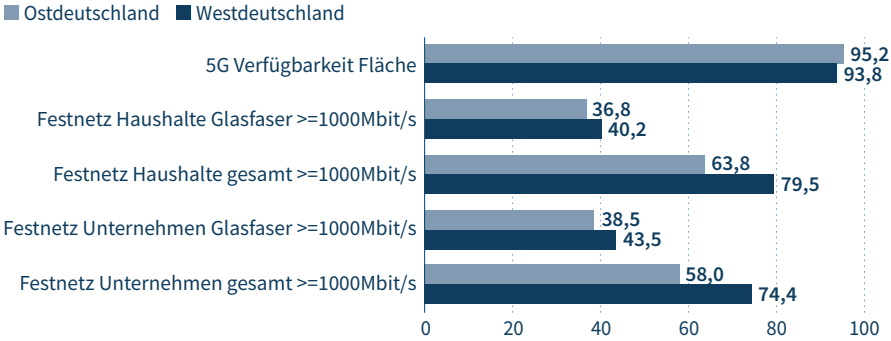
das erste Halbjahr 2025 zeigen aktuelle Daten (Startupdetector/Startup-Verband, 2025) einen kräftigen Anstieg innovativer Gründungen in Sachsen. Sollte es sich dabei nicht um einen Ausreißer in den Zahlen handeln, könnte die Technologie- und Hochschulausrichtung Sachsens damit beginnen sich auszuzahlen. Zu den Maßnahmen zählt auch der Zusammenschluss der neun sächsischen Universitäten und Hochschulen zu einer „Start-up-Factory“ (BoOst Startup Ecosystem, 2025), um Entrepreneurship aus dem Universitätsbereich zu stärken. Profitieren könnte die ostdeutsche Wirtschaft auch von einer zunehmenden Vernetzung mit der Hauptstadtregion. Berlin ist führender deutscher Start-up-Standort und rangiert im EU Regional Innovation Scoreboard auf Rang 8 der NUTS2-Regionen (European Commission, 2025), sodass wachsende Ausstrahlungseffekte des Berliner Innovationsclusters entsprechend der „Vulkantheorie“ Herbert Gierschs (Paqué, 2013) der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt Wachstumsimpulse geben könnten.

Digitalisierung

Die Digitalisierung in den Unternehmen durch Nutzung von Daten und digitaler Verfahren bis hin zu digitalen Geschäftsmodellen ist in Ostdeutschland deutlich schwächer

Digitale Infrastruktur in Ost- und Westdeutschland Abbildung 5

Verfügbarkeiten in Prozent aller Unternehmen oder privaten Haushalte



Stand: 31. Dezember 2024; Ostdeutschland: Ohne Berlin; Glasfaser: Fiber to the building/household (FTTB/H); Festnetz gesamt: Alle Technologien; 5G Verfügbarkeit Fläche: Bezogen auf die Landesfläche.
Quellen: Bundesnetzagentur/BMDV; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/xKBEPFr32j7f7Fw

ausgeprägt als in Westdeutschland (Büchel/Röhl, 2022). Dabei geht der Ost-West-Unterschied über einen reinen Größeneffekt aufgrund der im Osten durchschnittlich kleineren Unternehmen hinaus. Bestätigt wird dieser Befund aktuell auch für die Anwendung Künstlicher Intelligenz (KI) in Unternehmen: Während deutschlandweit 68 Prozent der Unternehmen KI-Tools nutzen, sind es im Westen 71 Prozent und in den Ost-Bundesländern nur 52 Prozent, wie eine repräsentative Befragung unter 500 unternehmerischen IT-Entscheidern von Civey für den Verband der Internetwirtschaft eco (2025) ergab. Da KI sich in den nächsten Jahren zu einem Produktivitätstreiber der Wirtschaft entwickeln dürfte (Demary et al., 2025), verschlechtert dieser Rückstand die ostdeutschen Chancen, den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Westen weiter zu reduzieren.

Auch bei den infrastrukturellen Voraussetzungen für eine beschleunigte Digitalisierung von Unternehmen und Gesellschaft in Ostdeutschland gibt es noch Aufholbedarf (Abbildung 5). Die Flächenabdeckung im 5G-Mobilfunknetz ist dem „Gigabit-Grundbuch“ der Bundesnetzagentur zufolge inzwischen in allen deutschen Landesteilen gut bis sehr gut. Defizite in einzelnen Bundesländern, auf die der leichte westdeutsche Rückstand von 1,4 Prozent der Landesfläche gegenüber den Ost-Bundesländern zurückzuführen ist, liegen in der Topografie begründet: Bundesländer mit einem höheren Anteil bergiger Landesfläche wie Bayern, Baden-Württemberg oder Thüringen weisen mehr „Funklöcher“ auf. Im Festnetzbereich gibt es demgegenüber noch beträchtliche Ausstattungsdefizite, wenn man das Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetz mit mindestens 1000 Mbit pro Sekunde betrachtet: Über alle Technologien sind hier fast 75 Prozent der westdeutschen Unternehmen versorgt, aber nur 58 Prozent der ostdeutschen Betriebe. Die Ost-West-Relation entspricht mit 78 Prozent der des IW-Einheitsindex. Für die Haushaltsausstattung ergibt sich technologieoffen eine Ost-West-Relation von 80 Prozent. Betrachtet man allein die Zukunftstechnologie Glasfaseranschluss, so liegt das ostdeutsche Niveau bei 89 Prozent des West-Werts für Unternehmen und 92 Prozent im Bereich der privaten Haushalte. Hier macht sich offenbar der geförderte Glasfaserausbau der letzten Jahre (BMV, 2025) bemerkbar, der die Ost-West-Lücke zunehmend schließt. An einer lückenhaften Breitbandinfrastruktur sollte daher ein Aufholprozess in der Digitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft in den kommenden Jahren nicht scheitern.

Fazit und wirtschaftspolitische Empfehlungen

Die Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland ist gesamtwirtschaftlich auch nach 35 Jahren nicht zum Erliegen gekommen, die Fortschritte in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in den östlichen Bundesländern sind jedoch nur noch gering. Die Arbeitsproduktivität hat regional und sektoral in einigen Bereichen den westdeutschen Durchschnitt erreicht oder übertroffen. Die größten Defizite gibt es weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe, das durch seine kleinteilige Struktur zurückgehalten wird, und im Bereich der Unternehmensdienstleistungen, die durch einen geringeren Digitalisierungsgrad gekennzeichnet sind. Belastend wirkt auch die geringere Erwerbsquote, die demografisch bedingt gegenüber dem Westen eher weiter zurückfallen dürfte.

Absehbar werden nicht 100 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung mit Metropolen wie München oder Hamburg erreicht werden, sondern wahrscheinlicher erscheint eine Annäherung an die Wirtschaftskraft von West-Bundesländern wie Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz, deren Wirtschafts- und Regionalstruktur derjenigen der ostdeutschen Flächenländer ähnlicher ist als die westdeutsche insgesamt mit ihren starken Ballungsräumen. Unter Einschluss Berlins, das sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem wichtigen Forschungs- und Start-up-Zentrum entwickelt hat, stellt sich die Situation Ostdeutschlands etwas besser dar als für die fünf Flächenländer. Dies liegt auch an der Demografie, die in der Hauptstadt mit einem Durchschnittsalter von 42,5 gegenüber 47,3 Jahren in den Ost-Flächenländern deutlich günstiger ist (Statistisches Bundesamt, 2024b).

Wichtig sind daher Maßnahmen, die den sich abzeichnenden Fach- und Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland adressieren. Hierzu zählen ein späterer Renteneintritt, Anreize für Weiterarbeit nach Rentenbeginn und die Zuwanderung von Fachkräften, um das gravierende Demografie- und Fachkräfteproblem in Ostdeutschland zu dämpfen. Hierzu könnte verstärkt mit freien Wohnungen und einem naturnahem Wohnumfeld in den ländlichen Regionen geworben werden. Fackler et al. (2025) zeigen, dass sich eine gute Breitbandinfrastruktur positiv auf die Wohnungspreise (im ländlichen Raum) auswirkt, was einen Hinweis auf entsprechende, durch Zuwanderungsverhalten ausgedrückte Präferenzen der Haushalte gibt.

Angesichts schwacher Investitionen und einer ungünstigen Demografie kommt Innovationen und der Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und neuen Geschäftsmodellen eine hohe Bedeutung für die weitere Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland und somit für die Konvergenz zu. Wichtig sind daher eine anwendungs- und transferorientierte Hochschulforschung und FuE-Förderung für bestehende und neue Unternehmen einschließlich eines guten Umfelds für Start-ups mit weniger bürokratischen Auflagen, wobei Ausstrahlungseffekte der Innovationscluster in Berlin und Sachsen über die Landesgrenzen hinaus genutzt werden sollten. Dies gilt ebenso für eine beschleunigte Digitalisierung und verstärkte Nutzung von KI in ostdeutschen Verwaltungen und Unternehmen (Büchel/Röhl, 2022), die in Anbetracht des verbleibenden Produktivitätsrückstands in den östlichen Bundesländern noch wichtiger als in Deutschland generell sind.

Literatur

Bardt, Hubertus / Röhl, Klaus-Heiner / Rusche, Christian, 2022, Subsidizing Semiconductor Production for a Strategically Autonomous European Union?, in: The Economists' Voice, Band 19, Heft 1, S. 37–58

Barro, Robert J., 1994, Economic Growth and Convergence, Institute for Contemporary Studies, San Francisco

BMBF- Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2024, Bundesbericht Forschung und Innovation, https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/ [27.8.2025]

BMV – Bundesministerium für Verkehr, 2025, Die Gigabitförderung 2.0, https://www.bmv.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandfoerderung/breitbandfoerderung.html [18.8.2025]

BoOst Startup Ecosystem, 2025, Bringing Europe's Future together, https://startup-factory-boost.de/ [22.8.2025]

Büchel, Jan / Röhl, Klaus-Heiner, 2022, Sind anhaltende Produktivitätsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auch durch Unterschiede in der Datenbewirtschaftung zu erklären?, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 4, S. 23–43

Bundesnetzagentur / BMDV – Bundesministerium für Digitales und Verkehr, 2025, Gigabit-Grundbuch, https://gigabitgrundbuch.bund.de/GIGA/DE/_Home/start.html [30.7.2025]

Demary, Vera et al., 2025, Wie wird KI die Produktivität in Deutschland verändern?, Gutachten im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Köln/Berlin

DPMA – Deutsches Patent- und Markenamt, 2025, Jahresbericht 2024, https://www.dpma.de/digitaler_jahresbericht/2024/assets24/pdf/jahresbericht2024.pdf [21.8.2025]

eco – Verband der Internetwirtschaft, 2025, eco Branchenpuls: Ost-West-Gefälle bei KI Nutzung – unklare Rechtslage und Sicherheitsbedenken sind größte Hürden für Unternehmen, https://www.eco.de/presse/eco-branchenpuls-ost-west-gefaelle-bei-ki-nutzung-unklare-rechtslage-und-sicherheitsbedenken-sind-groesste-huerden-fuer-unternehmen/ [22.8.2025]

European Commission, 2025, Regional innovation scoreboard, https://research-and-innovation.ec.europa.eu/statistics/performance-indicators/regional-innovation-scoreboard_en [22.9.2025]

Fackler, Thomas A. / Falck, Oliver / Krause, Simone, 2025, In Infrastruktur investieren, aber richtig: Was wir aus dem Breitbandausbau lernen können, in: ifo Schnelldienst, 78. Jg., Nr. 7, S. 4–11

Fitzenberger, Bernd, 2009, Nach der Reform ist vor der Reform? Eine arbeitsökonomische Analyse ausgewählter Aspekte der Hartz-Reformen, in: Schulze, Günther (Hrsg.), Reformen für Deutschland – Die wichtigsten Handlungsfelder aus ökonomischer Sicht, Stuttgart, S. 21–48

Frentzen, Kathrin / Günther, Roland, 2017, Verdiensterhebung 2016: Erhebung über die Wirkung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Verdienste und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten, Wiesbaden

Haag, Maike / Kohlisch, Enno / Koppel, Oliver, 2024, Patentanmeldungen der Hochschulen: Sachsen und Thüringen am leistungsstärksten, IW-Kurzbericht, Nr. 59, Köln

Paqué, Karl-Heinz, 2013, Die Welt als Kegel und Vulkan, in: Feld, Lars P. / Horn, Karen / Paqué, Karl-Heinz (Hrsg.), Das Zeitalter von Herbert Giersch, Wirtschaftspolitik für eine offene Welt, Tübingen, S. 53–64

Ragnitz, Joachim, 2024, Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands: Eine unendliche Geschichte, in: ifo Dresden berichtet, Nr. 1, S. 3–9,

Röhl, Klaus-Heiner, 2014, 25 Jahre nach dem Mauerfall: Bilanz und Herausforderungen, IW-Trends, 41. Jg., Nr. 3, S. 73–90,

Röhl, Klaus-Heiner, 2020, 30 Jahre Wiedervereinigung, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 3, S. 93–111

Röhl, Klaus-Heiner / Kestermann, Christian / Rusche, Christian, 2023, Wachstumshemmnisse für den ostdeutschen Mittelstand, Gutachten für die Sächsische Staatskanzlei, Köln/Berlin

Schröder, Christoph / Hellmich, Paula, 2017, Mindestlohn staucht Lohnstruktur im Osten, IW-Kurzbericht, Nr. 89, Köln

Startupdetector / Startup-Verband, 2025, Next Generation – Startup-Neugründungen in Deutschland, Januar – Juni 2025, https://startupverband.de/fileadmin/startupverband/forschung/studien/sonstiges/Next_Generation_Startup-Neugruendungen_in_Deutschland_H1_2025.pdf [21.8.2025]

Statistisches Bundesamt, 2023, Bevölkerung im Erwerbsalter wird in Ostdeutschland in den nächsten 20 Jahren um 0,6 bis 1,2 Millionen Menschen abnehmen, Pressemitteilung Nr. N052, 29.9.2023, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23_N052_12.html [1.9.2025]

Statistisches Bundesamt, 2024a, Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Bundesländern und Sektoren, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Tabellen/fue-ausgaben-bundeslaender-sektoren.html [22.8.2025]

Statistisches Bundesamt, 2024b, Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland nach Bundesländern im Jahr 2023, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, GENESIS-Online

Statistisches Bundesamt, 2025a, Mindestlohnerhöhung auf 13,90 Euro betrifft bis zu 6,6 Millionen Jobs, Pressemitteilung Nr. 256, 14.7.2025, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/07/PD25_256_62.html [1.9.2025]

Statistisches Bundesamt, 2025b, Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2023: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede?, https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html [28.8.2025]

Statistisches Bundesamt / Stifterverband Wissenschaftsstatistik, 2024, Personal in Forschung und Entwicklung 2022 nach Bundesländern und Sektoren, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Tabellen/fue-personal-bundeslaender-sektoren.html [24.7.2025]

Stifterverband Wissenschaftsstatistik, 2025, Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2023, Zahlen und Fakten aus der Wissenschaftsstatistik, https://www.stifterverband.org/sites/default/files/2025-07/fue-facts_2023.pdf [25.7.2025]

VGR – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, 2025, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2024, Länderergebnisse, Reihe 1, Band 1

ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, 2025, Intel-Absage gerade noch rechtzeitig, Kommentar, https://www.zew.de/presse/pressearchiv/intel-absage-gerade-noch-rechtzeitig [30.7.2025]

35 Years of Reunification – What Has Been Achieved in Eastern Germany and Where Are the Biggest Economic Issues?

Over the past 35 years, significant progress has been made in the economic reconstruction in the federal states in Eastern Germany. Nevertheless, persistent disparities remain in economic performance and structural conditions compared to Western Germany. Gross domestic product of the five Eastern German states amounts to 72 percent of the West German level. Full convergence appears unlikely due to unfavourable demographic trends, the absence of large companies with own research and development departments, and the lack of metropolitan hubs for high-tech start-ups and productive industries. Investment levels have also stagnated at around 70 percent of the per capita value in Western Germany and no longer drive an economic catch up. The situation is somewhat better when Berlin is included, as the city is gaining economic potential and exerts positive spillover effects on the surrounding areas. However, continued convergence will require targeted economic policy support. The growing shortage of skilled labour can be mitigated by later retirement and increased openness to foreign workers. In terms of research and development, the focus should be on closer cooperation between universities, start-ups and existing companies. Furthermore, the digitalisation of public administration and businesses must be given higher priority in order to raise labour productivity, which still lags behind by 16 percent to the level of Western Germany.